



Sitzungsperiode: 2014-2015  
Datum: 10. Februar 2015

---

**RESOLUTIONSVORSCHLAG AN DIE FÖDERALREGIERUNG,  
DEN RAT DER EUROPÄISCHEN UNION UND DIE REGIERUNG DER  
DEUTSCHSPRACHIGEN GEMEINSCHAFT BEZÜGLICH DER FORDERUNG  
NACH AUFHEBUNG DER VERHANDLUNGEN ZUM TRANSATLANTISCHEN  
FREIHANDELSABKOMMEN (TTIP) UND DES ABKOMMENS ÜBER DEN HANDEL  
MIT DIENSTLEISTUNGEN (TiSA) SOWIE NACH ABLEHNUNG DES UMFASSENDE  
WIRTSCHAFTS- UND HANDELSABKOMMENS EU-KANADA (CETA)**

## INHALTSVERZEICHNIS

<b>Begründung</b> .....	3
<b>Vorschlag</b> .....	4

## BEGRÜNDUNG

Sowohl die transatlantische Handels- und Investitionspartnerschaft zwischen den Vereinigten Staaten und der Europäischen Union (TTIP) als auch das Abkommen über den Handel mit Dienstleistungen (TiSA) und das bereits ausgehandelte Freihandelsabkommen zwischen der Europäischen Union und Kanada (CETA) stehen seit Monaten im Zentrum heftiger Debatten.

Das Ziel dieser Abkommen besteht darin, einen riesigen Binnenmarkt zwischen den beiden Verhandlungsparteien zu schaffen, der deutlich über den üblichen Freihandel hinausgeht.

Durch den Abschluss dieser Abkommen soll Wachstum geschaffen und die Gefahr von Blockaden durch eine Reihe multilateraler Verhandlungen vermieden werden. Auf diese Weise prallen allerdings unterschiedliche Märkte und sehr verschiedene wirtschaftliche und soziale Systeme aufeinander.

Grundsätzlich sprechen sich die Unterzeichner des vorliegenden Dokuments für Freihandel und wirksamen Wettbewerb auf internationaler Ebene aus. Dabei ist es unbedingt erforderlich, völlig unnötige Handelsbarrieren (wie gleichartige Zertifizierungsverfahren) abzuschaffen und überhöhte Zölle zu verringern, um den Unternehmen einen fairen Zugang zu den anderen Märkten zu gewähren. Dies darf allerdings nicht auf Kosten von Standards gehen, die in Europa in einem demokratischen Prozess und zum Schutz der Konsumenten oder Arbeitnehmer entwickelt worden sind.

Die Art und Weise, wie die bisherigen Verhandlungsrunden geführt wurden, sowie die momentane Fassung der veröffentlichten TTIP- und CETA-Texte bergen jedenfalls die Gefahr der Senkung europäischer Standards.

Übrigens droht der tatsächliche wirtschaftliche Gewinn, der für Europa durch das TTIP-Abkommen entsteht, bescheidener auszufallen, als von offizieller Seite gerne propagiert wird. Es wird keinen positiven Einfluss für alle europäischen Märkte geben: Einer umfassenden Studie zufolge, die von der Europäischen Kommission in Auftrag gegeben wurde<sup>1</sup>, würde das europäische Bruttoinlandsprodukt bestenfalls um gerade einmal 0,48 Prozent steigen – und das auch erst zwölf Jahre nach der Umsetzung.<sup>2</sup>

Die Europäische Kommission hat diese verschiedenen Verhandlungen lange Zeit völlig intransparent und auf Basis eines ausschließlich durch den Rat erteilten Verhandlungsmandats geführt, das keine echten Garantien für die europäischen Standards beinhaltet.

Durch das vorliegende Dokument sollen die Regierung der Deutschsprachigen Gemeinschaft, der Rat der Europäischen Union und die Föderalregierung aufgefordert werden, sich für einen Stopp der aktuellen Verhandlungen und eine Neuarbeitung der TTIP- und TiSA-Verhandlungsmandate einzusetzen, wobei klare und verbindliche Grenzen festgehalten werden müssen, insbesondere wenn es um soziale, umweltpolitische oder Verbraucherschutzrechtliche Prinzipien geht. Auch fordern die Unterzeichner des vorliegenden Resolutionsvorschlags eine Ablehnung des CETA-Abkommens.

L. FRANK  
H. GROMMES

---

<sup>1</sup> J. François (Projektleiter und andere), *Reducing Transatlantic Barriers to Trade and Investment: An Economic Assessment*, Centre for Economic Policy Research, (London, March 2013).

<sup>2</sup> *Ibid.*, S. 46.

## VORSCHLAG

### **Das Parlament der Deutschsprachigen Gemeinschaft,**

*in Anbetracht* der mangelnden Transparenz, die sowohl in der Erarbeitung der CETA-, TiSA- und TTIP-Verhandlungsmandate als auch in den eigentlichen Verhandlungen an den Tag gelegt wurde;

*in Anbetracht* des Risikos einer Absenkung hoher europäischer Standards, das aus den bisherigen TTIP-Verhandlungsergebnissen sowie dem CETA-Text ersichtlich wird;

*in Anbetracht* der Aufnahme einer Investitionsschutzklausel in das CETA-Abkommen, die es Konzernen erlaubt, Staaten auf Schadenersatz zu verklagen, wenn politische Entscheidungen den Wert von ausländischen Investitionen oder Gewinnerwartungen schmälern, und somit nicht staatliche Schiedsverfahren, ohne Möglichkeit eines unabhängigen Einspruchsverfahrens, zulässt;

*in Erwägung der Tatsache*, dass das Verhandlungsmandat auf Basis einer breiten Debatte im Europäischen Parlament und im Dialog mit den nationalen Parlamenten und Sozialpartnern neu erarbeitet werden muss;

*in Erwägung der Tatsache*, dass die hohen Qualitätsstandards insbesondere in den Bereichen Nahrungsmittel, Umweltschutz, im Sozialbereich sowie im Verbraucherschutz erhalten bleiben müssen;

*in Erwägung der Tatsache*, dass die im CETA-Abkommen und im TTIP-Verhandlungsmandat vorgesehene Beilegung von Investor-Staat-Streitigkeiten die Regulierungskompetenz der nationalen Gesetzgeber und des europäischen Gesetzgebers stark einschränken könnte;

*in Erwägung der Tatsache*, dass eine eingehende Studie zu den CETA-, TTIP- und TiSA-Texten über die sozialen, umweltpolitischen und landwirtschaftlichen Folgen der Abkommen für Europa und daher auch für Belgien fehlt;

### **fordert die Föderalregierung, den Rat der Europäischen Union und die Regierung der Deutschsprachigen Gemeinschaft auf,**

- dafür Sorge zu tragen, dass die jetzigen Verhandlungen zu den TTIP- und TiSA-Abkommen gestoppt werden, um zunächst eine umfassende Abschätzung der Auswirkungen beider Abkommen zu beantragen, und dass infolgedessen ein neues Verhandlungsmandat mit klar definierten und verbindlichen Grenzen, transparent und im Dialog mit dem Europäischen Parlament sowie den nationalen und regionalen Parlamenten erarbeitet wird;
- sich für eine Ablehnung des CETA-Abkommens einzusetzen;

### **beauftragt die Regierung der Deutschsprachigen Gemeinschaft,**

- diese Forderungen unter besonderer Berücksichtigung der Interessen der Bevölkerung der Deutschsprachigen Gemeinschaft bei der Föderalregierung eingehend zu vertreten und
- die Föderalregierung aufzufordern, dass sie sich für einen Stopp der TTIP- und TiSA-Verhandlungen einsetzt.

L. FRANK  
H. GROMMES